

Bundstgeheimnisse.

Die Nachrichten über die künftige Gestaltung Polens haben sowohl in Deutschland wie in Oesterreich starke Bewegung hervorgerufen. Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach man gestern überhaupt von nichts anderem, und nicht nur die Polen und Ukrainer, auch die Abgeordneten aller anderen Parteien waren durch die mannigfachen Fragen, die mit der polnischen Staatsangelegenheit zusammenhängen, in erregte und sorgenvolle Stimmung versetzt. Man verlangte den Ministerpräsidenten zu hören. Er erschien nachmittags im Budgetausschuß, aber was er dort mitteilte, beschränkte sich auf die Wiedergabe des nämlichen Beschwichtigungscommuniqués, das von amtlicher Seite für die Abendblätter ausgegeben worden war und das nicht mehr besagt als: es wird verhandelt, aber man ist noch nicht fertig. Diese rein formale Dementierung der Berliner Blättermeldungen wirkte natürlich nicht sehr beruhigend. Im Budgetausschuß kam es sofort zu heftigen Szenen, die einen leisen Vorgeschnack von den Schwierigkeiten und Kämpfen geben, die mit der wirklichen Lösung der polnischen Frage verbunden sein werden. Ob wir dieser Lösung bereits nahe sind, weiß wohl niemand, auch die Eingeweihtesten nicht, weil auch sie all die Faktoren, die dabei mit in Rechnung kommen, nicht so sicher in der Hand haben. Wir alle aber wissen, daß die Lösung dieser Frage uns alle angeht, weil hier

politische und wirtschaftliche Interessen von unermesslicher Wichtigkeit auf dem Spiele stehen.

Eine Sache von so großer Bedeutung kann einmal zu öffentlicher Diskussion gestellt, nicht einfach wieder unter den Tisch fallen. Die öffentliche Meinung schweigt nicht gehorsam, wenn man ihr mit einem Communiqué abwinkt. Das ist allenfalls Anno Stirgath gegangen, ja damals brauchte man nicht einmal ein Communiqué dazu, sondern die Zensur diktierte einfach: für die Öffentlichkeit gibt es keine polnische Frage. Allerdings haben auch damals schon alle halbwegs unterrichteten politischen Kreise gewußt, daß zwischen Wien und Berlin — bereits seit dem Sommer 1915 — über die zukünftige Staatsform Polens eifrig verhandelt wurde. Auch Inhalt und Verlauf dieser Verhandlungen konnten kein Geheimnis bleiben, und kürzlich hat ja ein dieser Dingen nahestehender Politiker, Dr. v. Bilinski, im Herrenhaus allerlei Details darüber zum besten gegeben. Man wußte also beiläufig, wie die Sache stand, als sich Graf Czernin in den jüngsten Tagen zu neuen Verhandlungen nach Berlin begab. Er nahm seinen polnischen Referenten mit, er hielt sich auffallend lange in Berlin auf, es fand zu gleicher Zeit auch ein Kronrat dort statt, — und in den Berliner Blättern, die derlei politische Nachrichten nicht aus dem Finger zu saugen pflegen, tauchte plötzlich der fertige Bauplan des neuen Königreiches Polen auf.

Ist es notwendig, erst auseinanderzusehen, warum in Oesterreich jeder politische Nerv vibrieren mußte, als dieser Plan in Erscheinung trat? Man war nicht überrascht, durchaus nicht. Aber in dem Augenblick, wo die polnische Frage aus dem Dunkel diplomatischer Verhandlungen in das Licht der Öffentlichkeit hinaustrat, begriff jedermann, daß sie fortan in diesem Licht bleiben müsse, weil die polnische Frage, die ein ungeheurer Komplex von Fragen ist, nicht durch Kabinettpolitik, sondern nur durch die Mitwirkung volkstümlicher Kräfte zu lösen ist. Es ist jetzt nicht mehr die Zeit, wo Diplomaten, wenn sie über solche Dinge verhandeln, der neugierigen Welt ehrfürchtiges Stillschweigen kommandieren können. Die diplomatische Geheimkunft erfreut

sich jetzt nicht des besten Rufes, da ihre Bundstgeheimnisse, solange man sie respektierte, den respektvollen Völkern keinen besonderen Segen gebracht haben. Die neue Gestaltung Europas muß nach einer neuen Methode angefaßt werden, und Polen bildet dabei ein Hauptkapitel. Oesterreich ist an dieser Frage mit einem Viertel seiner Einwohnerzahl, mit seinen gesamten Verfassungseinrichtungen, mit dem höchsten politischen und wirtschaftlichen Einsatz interessiert. Das Abgeordnetenhaus hat gestern bereits gezeigt, daß es in dieser Sache ernste Aufklärung wünscht, und es wird heute diesen Wunsch vielleicht noch kräftiger zu erkennen geben. Soll die polnische Frage noch vor den künftigen Friedensverhandlungen, durch eine vorläufige oder endgültige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und unserer Monarchie gelöst werden, dann werden die beiderseitigen Volksvertretungen nicht bloß zum Schlußpunkt und Streusand, sondern schon in einem früheren Stadium über die Absichten der Regierungen unterrichtet werden müssen.